

# Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 20. Oktober 1993

am Donnerstag, dem 21. Oktober 1993

## Verzeichnis der Fragenden

| <i>Abgeordnete</i>                              | <i>Nummer<br/>der Frage</i> | <i>Abgeordnete</i>                                   | <i>Nummer<br/>der Frage</i> |
|-------------------------------------------------|-----------------------------|------------------------------------------------------|-----------------------------|
| Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU) . . . . .       | 1, 3                        | Koppelin, Jürgen (F.D.P.) . . . . .                  | 15, 33                      |
| Bindig, Rudolf (SPD) . . . . .                  | 31, 32                      | Kubatschka, Horst (SPD) . . . . .                    | 49, 50                      |
| Bock, Thea (SPD) . . . . .                      | 51, 52                      | Dr. Kübler, Klaus (SPD) . . . . .                    | 60, 61                      |
| Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD) . . . . .      | 2                           | Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD) . . . . .            | 27, 28                      |
| Duve, Freimut (SPD) . . . . .                   | 55, 56                      | Lowack, Ortwin (fraktionslos) . . . . .              | 11, 57                      |
| Erler, Gernot (SPD) . . . . .                   | 41, 42                      | Dr. Mahlo, Dietrich (CDU/CSU) . . . . .              | 16, 17                      |
| Gallus, Georg (F.D.P.) . . . . .                | 44                          | Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD) . . . . .              | 18, 19                      |
| Ganseforth, Monika (SPD) . . . . .              | 47                          | Schmidt, Ursula (Aachen) (SPD) . . . . .             | 23, 24                      |
| Gansel, Norbert (SPD) . . . . .                 | 53, 54                      | Dr. Schumann, Fritz (Kroppenstedt) (PDS/Linke Liste) | 20, 26                      |
| Gilges, Konrad (SPD) . . . . .                  | 58, 59                      | Dr. Seifert, Ilja (PDS/Linke Liste) . . . . .        | 5, 6                        |
| Harries, Klaus (CDU/CSU) . . . . .              | 48                          | Stiegler, Ludwig (SPD) . . . . .                     | 21, 22                      |
| Heinrich, Ulrich (F.D.P.) . . . . .             | 37, 38                      | Wallow, Hans (SPD) . . . . .                         | 29, 30                      |
| Jäger, Claus (CDU/CSU) . . . . .                | 35                          | Weis, Reinhard (Stendal) (SPD) . . . . .             | 7, 8                        |
| Jaunich, Horst (SPD) . . . . .                  | 4, 36                       | Werner, Herbert (Ulm) (CDU/CSU) . . . . .            | 34                          |
| Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU) . . . . .           | 12, 43                      | Wittmann, Simon (Tännesberg) (CDU/CSU) . . . . .     | 25, 40                      |
| Klemmer, Siegrun (SPD) . . . . .                | 45, 46                      | Würfel, Uta (F.D.P.) . . . . .                       | 39                          |
| Köppe, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . . | 9, 10                       |                                                      |                             |
| Kolbe, Manfred (CDU/CSU) . . . . .              | 13, 14                      |                                                      |                             |

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

|                                                                                                    | Seite |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit<br>und Sozialordnung . . . . .                  | 3     |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Frauen<br>und Jugend . . . . .                         | 3     |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,<br>Bauwesen und Städtebau . . . . .       | 4     |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung<br>und Technologie . . . . .                 | 4     |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern . . . . .                                       | 5     |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz . . . . .                                       | 5     |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen . . . . .                                     | 6     |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft . . . . .                                   | 7     |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung . . . . .                                 | 8     |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie<br>und Senioren . . . . .                      | 9     |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit . . . . .                                   | 10    |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr . . . . .                                      | 10    |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,<br>Naturschutz und Reaktorsicherheit . . . . . | 11    |
| Geschäftsbereich des Bundeskanzlers<br>und des Bundeskanzleramtes . . . . .                        | 12    |
| Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes . . . . .                                                   | 13    |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit  
und Sozialordnung**

1. Abgeordneter  
**Jürgen  
Augustinowitz**  
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik der beiden großen deutschen Kirchen am Entwurf der Bundesregierung zum Arbeitszeitrechtsgesetz vor allem mit Blick auf den Artikel 140 des Grundgesetzes, und ist die Bundesregierung bereit, den Wünschen der Kirchen zu entsprechen?
2. Abgeordneter  
**Hans  
Büttner**  
(Ingolstadt)  
(SPD)

Wie viele Bezieher von Arbeitslosenhilfe beanspruchen diese Leistung länger als 570 Tage?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Frauen  
und Jugend**

3. Abgeordneter  
**Jürgen  
Augustinowitz**  
(CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung ihre Aussage, die Zahlung einer Entschädigung für die Selbstverpflegung in Höhe von täglich 11,70 DM für Zivildienstleistende sei keine Besserstellung der Zivildienstleistenden gegenüber den Grundwehrdienstleistenden (vgl. Antwort der Bundesregierung zur Frage 21 in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 29. September 1993), obwohl Grundwehrdienstleistende – abgesehen vom Erholungsurlaub – lediglich eine Entschädigung in Höhe von 5,85 DM erhalten, und wie hoch ist der Anteil der Zivildienstleistenden, die nicht in einer Gemeinschaftsverpflegung sind?
4. Abgeordneter  
**Horst  
Jaunich**  
(SPD)

Auf welche Art und in welcher finanziellen Größenordnung hat der Bund die Kommunen in die Lage versetzt, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab 1996 zu erfüllen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,  
Bauwesen und Städtebau**

5. Abgeordneter  
**Dr. Ilja  
Seifert**  
(PDS/Linke Liste)
- Welche konkreten inhaltlichen Vorstellungen für ein Reformkonzept zum sozialen Wohnungsbau hat die Bundesregierung?
6. Abgeordneter  
**Dr. Ilja  
Seifert**  
(PDS/Linke Liste)
- Wann will die Bundesregierung welche weiteren Schritte bei der Umsetzung dieses Reformkonzeptes gehen, nachdem (laut Presseinformation Nr. 97/93 des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) im September 1993 das lang angekündigte Planspiel absolviert wurde?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung  
und Technologie**

7. Abgeordneter  
**Reinhard  
Weis  
(Stendal)**  
(SPD)
- Welchen Sinn machen nach Ansicht der Bundesregierung Überlegungen des Bundesministers für Forschung und Technologie am Standort des früheren Kernkraftwerkes Lubmin bei Greifswald das ITER-Projekt ansiedeln zu wollen, solange eine Entsorgung der Atomruine der alten Reaktoren noch völlig ungeklärt ist?
8. Abgeordneter  
**Reinhard  
Weis  
(Stendal)**  
(SPD)
- Welche zeitlichen und finanziellen Dimensionen kann nach Ansicht der Bundesregierung der erhoffte Innovations- und Infrastrukturschub durch die angestrebte Anlage haben, angesichts der Tatsache, daß es sich dabei um ein sehr langfristiges Projekt handelt (mit einer Nutzungsreife der umstrittenen Fusionstechnologie wird in frühestens 50 Jahren gerechnet), bei dem nach Ansicht des Bundesministers für Forschung und Technologie ohnehin nicht vor 1988 erste konkrete Entscheidungen über eine Ansiedlung zu erwarten sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

9. Abgeordnete  
**Ingrid Köppe**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welchen Inhalt hat der erste Entwurf einer EUROPOL-Konvention, dessen Vorlage die TREVI-Ad-hoc-Arbeitsgruppe EUROPOL für Ende Juni 1993 angekündigt hatte, und ist die Bundesregierung bereit, der Fragestellerin oder dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages diesen Entwurf zugänglich zu machen?
10. Abgeordnete  
**Ingrid Köppe**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welchen Inhalt hat die im Juni 1993 von den TREVI-Ministern in Auftrag gegebene Analyse über die Auswirkungen der zur Zeit erarbeiteten EG-Datenschutzrichtlinie auf die europäische polizeiliche Zusammenarbeit, und ist die Bundesregierung bereit, der Fragestellerin oder dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages diese Ausarbeitung – im Falle späterer Fertigstellung sodann ohne weiteres Ersuchen – zugänglich zu machen?
11. Abgeordneter  
**Ortwin Lowack**  
(fraktionslos)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Flüchtlinge aus Kriegsgebieten in Kroatien wegen des Ablaufes der Duldungsfrist zum 30. September 1993 in ihre, oft völlig zerstörte und immer noch durch kriegерische Handlung höchst gefährdete Heimat abgeschoben werden sollen, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, schon aus Gründen einer christlichen, aber auch allgemein menschlichen Haltung, diesen Grausamkeiten, zumindest durch zeitlich befristeten Aufschub, ein Ende zu bereiten?
12. Abgeordneter  
**Dr. Egon Jüttner**  
(CDU/CSU)
- Welchen Beitrag will die Bundesregierung zur Lösung der aufgrund des Zustroms von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien für die baden-württembergischen Großstädte entstandenen Finanz- und Unterbringungsprobleme leisten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

13. Abgeordneter  
**Manfred Kolbe**  
(CDU/CSU)
- Wer ist Rechtsnachfolger der früheren Räte der Kreise hinsichtlich der Ansprüche aus sogenannten Kreispachtverträgen?

14. Abgeordneter  
**Manfred Kolbe**  
(CDU/CSU)
- Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um den bereits seit Jahren andauernden und für viele Betroffene unzumutbaren Schwebezustand hinsichtlich der Rechtsnachfolge endlich einer Lösung zuzuführen?
15. Abgeordneter  
**Jürgen Koppelin**  
(F.D.P.)
- Will die Bundesregierung bei Gesetzesvorhaben die Linie verfolgen, daß Homosexuelle als Minderheit auch die damit verbundenen Nachteile tragen müssen, wie dies bereits öffentlich geäußert wurde (beispielsweise vom sächsischen Justizminister Steffen Heitmann)?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

16. Abgeordneter  
**Dr. Dietrich Mahlo**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Präsident der Oberfinanzdirektion Berlin aus ehemaligem alliierten Wohnungsbestand für sich eine Villa in Dahlem angemietet hat, obwohl er mit Wohnraum in Berlin ausreichend versorgt war?
17. Abgeordneter  
**Dr. Dietrich Mahlo**  
(CDU/CSU)
- Wenn ja, mit welchem Aufwand an öffentlichen Geldern wurde dieses Objekt vor der Vermietung an den OFD-Präsidenten umgebaut und renoviert, und zu welcher Nettokaltmiete pro qm wurde die Villa dem Präsidenten der OFD vermietet?
18. Abgeordneter  
**Dr. Jürgen Meyer (Ulm)**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß eine EG-Richtlinie bereits seit 1991 für Beteiligungen an Aktiengesellschaften eine Offenlegungspflicht ab 10% Beteiligung vorsieht?
19. Abgeordneter  
**Dr. Jürgen Meyer (Ulm)**  
(SPD)
- Und trifft es zu, daß diese Regelung in das bundesdeutsche Aktienrecht hätte aufgenommen werden müssen, dies bis heute nicht geschehen ist und dadurch weiterhin bundesdeutsches Aktienrecht angewandt wird, das eine Offenlegung nur bei Beteiligungen von über 20% vorschreibt?

20. Abgeordneter  
**Dr. Fritz  
Schumann  
(Kroppenstedt)**  
(PDS/Linke Liste)
- Wann hört die Verantwortung der Treuhandanstalt für privatisierte Betriebe auf: nach Unterzeichnung des Kaufvertrages, nach Anmeldung der Grundbucheintragung oder nach erfolgter Grundbucheintragung, und besteht bei betrügerischen Handlungen von Käufern der Unternehmen nach Auffassung der Bundesregierung eine Rücknahmepflicht der Treuhandanstalt, oder nach welchen Kriterien soll eine Rücknahme erfolgen?
21. Abgeordneter  
**Ludwig  
Stiegler**  
(SPD)
- Wie viele deutsche Arbeitnehmer werden die US-Streitkräfte nach den Erkenntnissen der Bundesregierung im kommenden US-Haushaltsjahr in Deutschland, insbesondere in Bayern, beschäftigen, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um die Zusage einzufordern, einen möglichst hohen Beschäftigungsstand deutscher Arbeitnehmer bei den US-Streitkräften durchzusetzen?
22. Abgeordneter  
**Ludwig  
Stiegler**  
(SPD)
- Wie wird sich nach den bisherigen Erkenntnissen der Bundesregierung nach der US-Finanzplanung die deutsche Zivilbeschäftigungssituation bei den US-Streitkräften entwickeln, und inwieweit ist die Bundesregierung bisher aufgefordert worden, ähnlich wie bei den Finanzbeiträgen von Korea und Japan einen Beitrag zur Finanzierung deutscher Arbeitnehmer bei den US-Streitkräften zu leisten?

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

23. Abgeordnete  
**Ursula  
Schmidt  
(Aachen)**  
(SPD)
- Nachdem im Gleichberechtigungsgesetz der Bundesministerin für Frauen und Jugend keine Regelungen zur Frauenförderung in der Privatwirtschaft enthalten sind, frage ich die Bundesregierung, ob und gegebenenfalls in welcher Weise der Bundesminister für Wirtschaft frauenfördernd auf die Privatwirtschaft einwirken wird?
24. Abgeordnete  
**Ursula  
Schmidt  
(Aachen)**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, wirtschaftsfördernde Aktivitäten mit Anreizen oder Auflagen zu verbinden (Bevorzugung der Mittelvergabe oder höhere Mittel) für die Betriebe, die Frauenförderpläne vorlegen oder andere frauenfördernde Maßnahmen ergriffen haben?

25. Abgeordneter  
**Simon Wittmann**  
**(Tännesberg)**  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das Land Südkorea neue Zollbarrieren gegenüber Produkten aus Wolle aus der Europäischen Gemeinschaft errichten will, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, damit die Zollschränken nicht eingeführt werden?
26. Abgeordneter  
**Dr. Fritz Schumann**  
**(Kroppenstedt)**  
(PDS/Linke Liste)
- Was hält die Bundesregierung von der Schaffung von Sonderwirtschaftsgebieten in den neuen Bundesländern?
27. Abgeordnete  
**Dr. Elke Leonhard-Schmid**  
(SPD)
- Welches außenpolitische Kalkül hat die Bundesregierung dazu bewogen, neue Exporte für den weiten Bereich der „sonstigen Rüstungsgüter“ (i. S. von Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste/Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung) nach Taiwan zu genehmigen, und wie lassen sich nach Auffassung der Bundesregierung diese Exporte mit der Bundessicherheitsratsentscheidung vom 28. Januar 1993 („keine Lieferung von Kriegsgerät an Taiwan“) und einer berechenbaren, verantwortungsvollen Rüstungsexport-Kontrollpolitik in Einklang bringen?
28. Abgeordnete  
**Dr. Elke Leonhard-Schmid**  
(SPD)
- Wie vereinbart die Bundesregierung die Einstufung Taiwans auf der „Länderliste H“ mit der Lieferung von Rüstungsgütern, durch welche der Aufbau der Rüstungsindustrie der Inselrepublik massiv unterstützt werden könnte?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

29. Abgeordneter  
**Hans Wallow**  
(SPD)
- Welcher medizinischen Art und welchen Umfangs sind die gesundheitlichen (physischen und psychischen) Beschwerden der Bundeswehrsoldaten des UNOSOM II-Kontingents, die in Belet Uen stationiert sind?
30. Abgeordneter  
**Hans Wallow**  
(SPD)
- Welche konkreten Tätigkeiten, nach Art und Umfang aufgelistet, hat das deutsche UNOSOM II-Kontingent bisher in Somalia durchgeführt?

31. Abgeordneter  
**Rudolf  
Bindig**  
(SPD)
- Wie viele indische Soldaten werden mit Stichtag 15. Oktober 1993 im Raum Belet Uen in Somalia tatsächlich vom deutschen Unterstützungsverband „logistisch versorgt“, und worin genau besteht diese logistische Unterstützungsleistung?
32. Abgeordneter  
**Rudolf  
Bindig**  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung angeben, welche Gesamtzahl von indischen Soldaten nach den Planungen von UNOSOM II nunmehr überhaupt noch nach Belet Uen kommen sollen, und denkt die Bundesregierung darüber nach, das deutsche Unterstützungskontingent dem wirklichen Bedarf an Unterstützungsleistungen anzupassen?
33. Abgeordneter  
**Jürgen  
Koppelin**  
(F.D.P.)
- Sind Hubschrauber der ehemaligen NVA (z. B. die Mi24) von anderen Staaten getestet worden, und zu welchen Ergebnissen führten diese Tests?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren**

34. Abgeordneter  
**Herbert  
Werner**  
(Ulm)  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Überlegungen zur Änderung des Rechts des Schwangerschaftsabbruchs Pläne, Frauen mit einem niedrigen Einkommen die unmittelbaren Kosten eines straffreien, aber nicht rechtmäßigen Schwangerschaftsabbruchs auf dem Wege über die Krankenkasseneinreichung zu bezahlen, wie es die hessische Staatsregierung mit Wirkung vom 1. Oktober für Frauen mit einem monatlichen Einkommen von bis zu 1450 DM bzw. 1700 DM beschlossen hat?
35. Abgeordneter  
**Claus  
Jäger**  
(CDU/CSU)
- Wie stellt die Bundesregierung angesichts der vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 28. Mai 1993 festgestellten umfassenden Verantwortung des Staates für die Schwangerenkonfliktberatung sicher, daß während der Zeit der vom Gericht angeordneten Übergangsregelung zu § 218 die Beratungsstellen für Schwangerenkonfliktberatung die in dem Urteil formulierten Beratungsgrundsätze tatsächlich beachten, und hat die Bundesregierung dieserhalb – gegebenenfalls mit welchem Ergebnis – mit den Landesregierungen Kontakte aufgenommen?

36. Abgeordneter  
**Horst Jaunich**  
(SPD)
- Kann die Bundesministerin für Familie und Senioren Beweise dafür vorlegen, daß Kommunen ihre Rathausplätze zum drittenmal neu gepflastert haben, wie sie dies vor kurzem in einem Interview im Zusammenhang mit den Sparvorschlägen der Kommunen im Saarländischen Rundfunk geäußert hat?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

37. Abgeordneter  
**Ulrich Heinrich**  
(F.D.P.)
- Treffen amerikanische Pressemitteilungen zu, nach denen es bei der diesjährigen Flutkatastrophe im amerikanischen Mittelwesten zur Abschwemmung und damit unkontrollierten Freisetzung eines Freilandversuches mit transgenem Mais kam?
38. Abgeordneter  
**Ulrich Heinrich**  
(F.D.P.)
- Welche Schutzvorschriften sieht das deutsche Gentechnikgesetz derzeit und nach der Novellierung bei Naturkatastrophen (Fluten, Stürme) vor, um eine unkontrollierte Freisetzung von Versuchspflanzen mit gentechnisch verändertem Erbgut in die Umwelt auszuschließen?
39. Abgeordnete  
**Uta Wülfel**  
(F.D.P.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Memorandum der Bundesärztekammer „Arzneibehandlung im Rahmen besonderer Therapierichtungen“ und die Darstellung der Hufelandgesellschaft „Die besonderen Therapierichtungen in der wissenschaftlichen Diskussion“ von Helmut Kiene für ihre Gesundheitspolitik?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr**

40. Abgeordneter  
**Simon Wittmann**  
(Tannesberg)  
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, die Ausnahmegenehmigung zur Führung roter Kfz-Kennzeichen großzügiger zu erteilen und insbesondere Fahrzeuge neuerer Bauart einzubeziehen, und wie begründet die Bundesregierung dieses Vorgehen angesichts der Tatsache, daß damit gerade Fahrzeuge mit einem hohen Schadstoffausstoß von der Kfz-Steuer befreit sind?

41. Abgeordneter  
**Gernot Erler**  
(SPD)
- Welche Auswirkungen hat die Anweisung des Bundesministers für Verkehr an die Landesregierungen in den alten Bundesländern, unabhängig von der Einstufung, im Bundesverkehrswegeplan keine neuen Straßenbaumaßnahmen mehr zu beginnen, für den geplanten Neubau der B 31 West?
42. Abgeordneter  
**Gernot Erler**  
(SPD)
- Welche Chancen bestehen in der näheren Zukunft für eine Realisierung oder Teilrealisierung des Straßenbauvorhabens B 31 West, das zumindest in seinem östlichen Teil (Umfahrung der Orte Umkirch und Gottenheim) eine allseits als notwendig angesehene Entlastung von Bürgern darstellt, die von einer Bundesstraßenführung mitten durch ihre Wohnorte geplagt werden?
43. Abgeordneter  
**Dr. Egon Jüttner**  
(CDU/CSU)
- Wie ist der Stand der Verkaufsverhandlungen der Bahnbusgesellschaft im Rhein-Neckar-Raum Mannheim — Ludwigshafen — Heidelberg?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

44. Abgeordneter  
**Georg Gallus**  
(F.D.P.)
- Ist sich die Bundesregierung sicher, daß importierte Säugetiere, Vögel, Fische und Reptilien bei ihrem Eintreffen in der Bundesrepublik Deutschland einer ausreichenden Kontrolle hinsichtlich des Arten- und des Tierschutzes unterzogen werden?
45. Abgeordnete  
**Siegrun Klemmer**  
(SPD)
- Steht die Bundesregierung nach wie vor zu der Nutzdefinition der Verordnung über die Gewährleistung von Atomsicherheit und Strahlenschutz (VOAS), die mit dem Einigungsvertrag, soweit der Uranbergbau betroffen ist, für weiterhin geltend erklärt wurde und in der unter „Gewährleistung des Strahlenschutzes“ § 10 Rechtfertigung festgelegt wird, daß jede Art der Anwendung der Atomenergie des Nachweises bedarf, „daß sie bei zuverlässiger Gewährleistung des Schutzes von Leben und Gesundheit des Menschen sowie des Schutzes der Umwelt zu Nutzen der sozialistischen Gesellschaft erfolgt“, und wie denkt die Bundesregierung diese Forderung umzusetzen?

46. Abgeordnete  
**Siegrun Klemmer**  
(SPD)
- Welche Sicherheitsgutachten liegen der Bundesregierung über den Bau radioaktiver Endlager in der Schweiz in unmittelbarer Nähe zur Hochrheinmündung vor, und wie schätzt sie die Gefahr für die südbadische Nachbarregion ein?
47. Abgeordnete  
**Monika Ganseforth**  
(SPD)
- Wie ist der Stand der Beratungen über die Wärmenutzungs-Verordnung, und ist mit der vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Klaus Töpfer, vor dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 12. Mai 1993 angekündigten Verabschiedung im Kabinett in diesem Jahr noch zu rechnen?
48. Abgeordneter  
**Klaus Harries**  
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, um Genehmigungsverfahren zu verkürzen, in der Verwaltungsvorschrift „Umweltverträglichkeitsprüfung“ unbedeutende Ausbaumaßnahmen von der Prüfungspflicht auszunehmen?
49. Abgeordneter  
**Horst Kubatschka**  
(SPD)
- Welche rechtlichen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus Vorgängen, daß wegen der Kompetenzstreitigkeiten von Entsorgern asbest- oder sonstwie verseuchte Gegenstände in Güterzügen auf lange Sicht unentsorgt auf Bahnhöfen stehen, wie das beispielsweise auf dem Bahnhof Pfeffenhausen bei Landshut mit einem Güterzug mit nicht einwandfrei verpackten 1 100 asbesthaltigen Nachtspeicheröfen der Fall ist?
50. Abgeordneter  
**Horst Kubatschka**  
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Einschluß des stillgelegten Kernkraftwerkes in Lubmin bei Greifswald im Vergleich zum Abbau und Zwischenlagerung aus umweltpolitischen und sicherheitstechnischen Erwägungen, und wie sollen die entstehenden Kosten jeweils zwischen Bund, Land und Betreiber aufgeteilt werden?

#### **Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes**

51. Abgeordnete  
**Thea Bock**  
(SPD)
- Welchen Inhalts waren die Konsultationen zwischen dem für die iranischen Geheimdienste zuständigen Minister Ali Fallahian und dem Staatsminister Bernd Schmidbauer sowie dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Eckart Wertebach, und dem Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, Konrad Porzner?

52. Abgeordnete  
**Thea Bock**  
(SPD)
- Hat die Bundesregierung versucht, über Herrn Ali Fallahian Einfluß auf die Teheraner Führung auszuüben, den Mordbefehl gegen den britischen Schriftsteller Salman Rushdie aufzuheben?
53. Abgeordneter  
**Norbert Gansel**  
(SPD)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung bei dem Besuch des iranischen Geheimdienst-Ministers Ali Fallahian die einstimmige Entschließung des Deutschen Bundestages vom 9. Dezember 1992 vertreten, in der die iranische Regierung aufgefordert wird, Vorkehrungen zu treffen, daß der Mordaufruf gegen Salman Rushdie nicht weiter verbreitet wird und nicht durchgeführt werden kann, und wie reagiert die Bundesregierung auf den Terroranschlag gegen den norwegischen Verleger der Bücher Salman Rushdies?
54. Abgeordneter  
**Norbert Gansel**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß in der Anklageschrift des Generalbundesanwalts gegen die mutmaßlichen Organisatoren des Mykonos-Attentates eine direkte Verbindung zwischen dem Attentat, bei dem vier iranische Oppositionelle in Berlin ermordet wurden, und dem iranischen Geheimdienst-Minister Ali Fallahian gezogen wird, wie „Der Tagesspiegel“ am 14. Oktober 1993 berichtet hat, und in welcher Weise ist dieser Komplex Gegenstand der Gespräche gewesen, die im Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung mit Minister Ali Fallahian geführt worden sind?
55. Abgeordneter  
**Freimut Duve**  
(SPD)
- Hat der offizielle Besuch des Chefs des iranischen Geheimdienstes, Ali Fallahian, in Deutschland im Zusammenhang gestanden mit Ermittlungen in der Mordsache „Mykonos“?
56. Abgeordneter  
**Freimut Duve**  
(SPD)
- Sind bei den Gesprächen zwischen Staatsminister Bernd Schmidbauer und Minister Ali Fallahian der iranische Mordbefehl gegen den Schriftsteller Salman Rushdie und die beleidigende Erhöhung des Terrorgeldes durch Teheran für dessen Ermordung im Anschluß an seine Gespräche mit Bonner Abgeordneten und Vertretern der Bundesregierung zur Sprache gekommen?

#### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes**

57. Abgeordneter  
**Ortwin Lowack**  
(fraktionslos)
- Was spricht gegen die Aufnahme der Republik China in die Vereinten Nationen, nachdem ein entsprechender Antrag von mehreren Mitgliedsländern vorliegt und das Kommuniké über die

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China vom Oktober 1972 keine Exklusivität der offiziellen Beziehungen zur Volksrepublik vorsieht?

58. Abgeordneter  
**Konrad  
Gilges**  
(SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Deutschland bei den Vereinten Nationen noch Beitragsrückstände in Höhe von mehreren Millionen DM hat, die z. T. aus unbezahlten Pflichtbeiträgen der früheren DDR stammen, und wenn ja, wann plant die Bundesregierung diese zu begleichen?

59. Abgeordneter  
**Konrad  
Gilges**  
(SPD)

Ist es zutreffend, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Pflichtbeiträge zur Finanzierung des Haushaltes und der friedenserhaltenden Maßnahmen der VN in zwei Halbjahrestranchen überweist, und wenn ja, gedenkt die Bundesregierung diese Zahlungsart zu ändern, da durch sie regelmäßig das Fälligkeitsdatum von Zahlungen überschritten wird?

60. Abgeordneter  
**Dr. Klaus  
Kübler**  
(SPD)

Sind nach Auffassung der Bundesregierung die Parlamentswahlen in Pakistan ordnungsgemäß durchgeführt worden?

61. Abgeordneter  
**Dr. Klaus  
Kübler**  
(SPD)

Wird die Bundesregierung nach Durchführung der ersten demokratischen Parlaments- und Präsidentenwahlen in der Zentralafrikanischen Republik die wirtschaftliche Zusammenarbeit intensivieren und insbesondere auch Projekte fördern, die für den Aufbau der Demokratie notwendig sind?

Bonn, den 15. Oktober 1993



